

für den deutschen Bedarf. Eine Anzahl dieser Betriebe wurde an das deutsche Volk zurückgegeben, und wir hoffen, daß später auch die anderen SAG-Betriebe volkseigene Betriebe werden. (Lebhafter Beifall.) Daraus ergibt sich, daß wir uns zu den sowjetischen Aktiengesellschaften ebenso verhalten wie zu den volkseigenen Betrieben. Die gegenwärtige Westpropaganda gegen die sowjetischen Aktiengesellschaften dient offenkundig nur dem Zweck, von der Notwendigkeit der Enteignung der Konzernherren im Rheinland abzulenken. Wäre es für den Neuaufbau Deutschlands nicht besser, wenn sich alle demokratischen Kräfte über den Kampf zur Enteignung der Konzernherren und Kriegsverbrecher in Westdeutschland verständigten, statt mit den Konzernherren in das gleiche Horn zu blasen gegen die volkseigenen Betriebe und die sowjetischen Aktiengesellschaften in der sowjetischen Besatzungszone?

Jawohl, wir sagen es offen: Die landeseigenen Betriebe und die SAG-Betriebe müssen zu Musterbetrieben werden durch Erhöhung der Wirtschaftlichkeit, durch Sparsamkeit bei Materialverbrauch, durch Verbesserung der Organisation der Arbeit und durch Erhöhung der Arbeitsmoral. Der Produktionsplan muß zur Sache der ganzen Belegschaft gemacht werden. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, Produktionsberatungen zu organisieren und eine strenge Kontrolle über alle Waren, die den Betrieb verlassen, durchzuführen, um alle Kompensationsgeschäfte unmöglich zu machen. Gleichzeitig ist es aber auch notwendig, daß sich die Betriebsleitungen mehr um die Lage der Arbeiterinnen, der Arbeiter, der Angestellten und der Ingenieure sorgen. Ich hatte schon gesagt, daß wir von der deutschen Wirtschaftskommission und von den Zentralverwaltungen erwarten, daß für diese Betriebe, vor allem für die volkseigenen Betriebe, ab 1. Oktober die Versorgung mit Mittagessen sichergestellt wird und daß in diesen Betrieben unverzüglich betriebliche Verkaufsstellen eingerichtet werden.

Die Zahl der volkseigenen Betriebe steht noch nicht endgültig fest. Es gibt eine Reihe von Fällen, in denen falsche Informationen über frühere Besitzer an die Landes-Sequesterkommission und an die Blockparteien gegeben wurden. Man kann sagen, daß die Bearbeitung dieser Fragen nicht immer genügend demokratisch erfolgte. Oftmals haben die Belegschaften nicht Stellung genommen. Die Entscheidung darüber, welche Betriebe als Konzernbetriebe anzusprechen sind, darf nicht eine Frage des Kuhlhandels sein, sondern muß vom Standpunkt der Sicherung einer friedlichen Zukunft unseres Volkes und der Demokratisierung der Wirtschaft beantwortet werden. In Sachsen gab es